**TOP 3.6.1
Arbeitsmarktdaten Februar 2021**

**TOP 3.6.2
Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze
Jänner 2021**

**TOP 3.6.3
Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit – AMS als kritische
Infrastruktur in der Arbeitsmarktkrise besser ausstatten**

**TOP 3.6.4
Projekt „Frauenstimmen“**

**TOP 3.6.5
Betriebstesten**

**TOP 3.6.6
Flächendeckende Psychotherapie**

**TOP 3.6.7
Aktueller Bericht**

Arbeitslose nach Bundesländern
Datum: 02/2021 Region: Österreich
Bestand arbeitsloser Personen zum Stichtag

	Frauen			Männer			Gesamt		
	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %
Bgld	5.463	1.036	23,4%	6.859	672	10,9%	12.322	1.708	16,1%
Ktn	13.312	3.492	35,6%	17.530	2.669	18,0%	30.842	6.161	25,0%
NÖ	29.349	4.929	20,2%	39.042	4.321	12,4%	68.391	9.250	15,6%
OÖ	20.199	4.219	26,4%	28.235	3.577	14,5%	48.434	7.796	19,2%
Sbg	10.476	5.990	133,5%	13.746	5.100	59,0%	24.222	11.090	84,5%
Stmk	20.820	5.068	32,2%	29.647	4.457	17,7%	50.467	9.525	23,3%
Tirol	17.794	12.945	267,0%	20.677	10.219	97,7%	38.471	23.164	151,3%
Vbg	6.989	2.770	65,7%	8.161	2.674	48,7%	15.150	5.444	56,1%
Wien	62.338	13.087	26,6%	86.345	15.770	22,3%	148.683	28.857	24,1%
Österreich	186.740	53.536	40,2%	250.242	49.459	24,6%	436.982	102.995	30,8%

Personen in Schulung nach Bundesländern

Datum: 02/2021 Region: Österreich

Bestand in Schulung befindlicher Personen zum Stichtag

	Frauen			Männer			Gesamt		
	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %	Bestand	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %
Bgld	945	3	0,3%	917	82	9,8%	1.862	85	4,8%
Ktn	1.688	48	2,9%	1.286	1	0,1%	2.974	49	1,7%
NÖ	4.965	22	0,4%	4.292	197	4,8%	9.257	219	2,4%
OÖ	5.289	243	4,8%	4.167	119	2,9%	9.456	362	4,0%
Sbg	1.459	304	26,3%	1.191	156	15,1%	2.650	460	21,0%
Stmk	4.383	220	5,3%	3.782	409	12,1%	8.165	629	8,3%
Tirol	1.405	228	19,4%	1.079	90	9,1%	2.484	318	14,7%
Vbg	1.259	166	15,2%	1.032	105	11,3%	2.291	271	13,4%
Wien	17.240	2.342	15,7%	15.562	1.834	13,4%	32.802	4.176	14,6%
Österreich	38.633	3.576	10,2%	33.308	2.993	9,9%	71.941	6.569	10,0%

Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze Vergleich Jänner 2020 mit Jänner 2021

Bundesländer	verl. Lehrzeit, TQL	§ 30 BAG	§ 30b BAG	ÜBA insge- samt (IBA u BAG)	Jugendliche in anderen Schulungen (15 – unter 19 jährige)	Lehrstellen- suchende für sofort	Lehrstellen- suchende für sofort insgesamt	Offene Lehrstellen für sofort
Burgenland 31.01.2020	115	0	282	397	144	133	277	112
Burgenland 31.01.2021	116	0	246	362	184	94	278	90
Veränderung	1	0	-36	-35	40	-39	1	-22
Veränderung %	0,9%		-12,8%	-8,8%	27,8%	-29,3%	0,4%	-19,6%
Kärnten 31.01.2020	26	0	222	248	395	489	884	447
Kärnten 31.01.2021	19	0	186	205	416	475	891	263
Veränderung	-7	0	-36	-43	21	-14	7	-184
Veränderung %	0,0%		-16,2%	-17,3%	5,3%	-2,9%	0,8%	-41,2%
Niederösterr 31.01.2020	270	0	851	1.121	1.291	1.025	2.316	823
Niederösterr 31.01.2021	261	0	803	1.064	1.114	1.091	2.205	704
Veränderung	-9	0	-48	-57	-177	66	-111	-119
Veränderung %	-3,3%	0,0%	-5,6%	-5,1%	-13,7%	6,4%	-4,8%	-14,5%
Oberösterr. 31.01.2020	523	0	370	893	1.053	608	1.661	1.653
Oberösterr. 31.01.2021	553	0	322	875	1.036	593	1.629	1.385
Veränderung	30	0	-48	-18	-17	-15	-32	-268
Veränderung %	5,7%	0,0%	-13,0%	-2,0%	-1,6%	-2,5%	-1,9%	-16,2%
Salzburg 31.01.2020	20	0	50	70	368	308	676	712
Salzburg 31.01.2021	25	0	53	78	377	264	641	649
Veränderung	5	0	3	8	9	-44	-35	-63
Veränderung %	100,0%	0,0%	6,0%	11,4%	2,4%	-14,3%	-5,2%	-8,8%

Bundesländer	verl. Lehrzeit, TQL	§ 30 BAG	§ 30b BAG	ÜBA insgesamt (IBA u BAG)	Jugendliche in anderen Schulungen (15 – unter 19 jährige)	Lehrstellen-suchende für sofort	Lehrstellen-suchende für sofort insgesamt	Offene Lehrstellen für sofort
Steiermark 31.01.2020	230	0	539	769	883	625	1.508	851
Steiermark 31.01.2021	226	0	461	687	746	608	1.354	704
Veränderung	-4	0	-78	-82	-137	-17	-154	-147
Veränderung %	-1,7%	0,0%	-14,5%	-10,7%	-15,5%	-2,7%	-10,2%	-17,3%
Tirol 31.01.2020	68	0	36	104	475	321	796	715
Tirol 31.01.2021	67	0	38	105	449	447	896	443
Veränderung	-1	0	2	1	-26	126	100	-272
Veränderung %	-1,5%	0,0%	5,6%	1,0%	-5,5%	39,3%	12,6%	-38,0%
Vorarlberg 31.01.2020	0	0	159	159	286	278	564	189
Vorarlberg 31.01.2021	0	0	154	154	256	340	596	232
Veränderung	0	0	-5	-5	-30	62	32	43
Veränderung %	0,0%	0,0%	-3,1%	-3,1%	-10,5%	22,3%	5,7%	22,8%
Wien 31.01.2020	923	0	2.203	3.126	2.459	2.655	5.114	395
Wien 31.01.2021	924	0	2.282	3.206	2.167	3.499	5.666	270
Veränderung	1	0	79	80	-292	844	552	-125
Veränderung %	0,1%	0,0%	3,6%	2,6%	-11,9%	31,8%	10,8%	-31,6%
Österreich 31.01.2020	2.175	0	4.712	6.887	7.354	6.442	13.796	5.897
Österreich 31.01.2021	2.191	0	4.545	6.736	6.745	7.411	14.156	4.740
Veränderung	16	0	-167	-151	-609	969	360	-1.157
Veränderung %	0,7%	0,0%	-3,5%	-2,2%	-8,3%	15,0%	2,6%	-19,6%

TOP 3.6.3 Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit – AMS als kritische Infrastruktur in der Arbeitsmarktkrise besser ausstatten

Dass die Corona-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung verheerende Folgen auf dem Arbeitsmarkt nach sich gezogen haben, ist wohl eine der zentralen Herausforderungen, auch für die Interessenvertretungspolitik der BAK und aller Länderkammern.

Im Folgenden wird an Hand einiger wichtiger Kennzahlen aus dem Jänner 2021 ein Blick darauf geworfen, wie sich die Massendarbeitslosigkeit und auch die, ja weiterhin sehr einschneidenden, Maßnahmen gegen die Pandemie auf die Tätigkeit des Arbeitsmarktservice auswirkt.

Zunächst zum Bekannten: Beim AMS waren im Jänner 2021 mit mehr als 546.000 Arbeitssuchenden um rund 114.000 (+26,4 %) Personen mehr als im Vorjahr vorgemerkt.

Befund 1: Der österreichische Arbeitsmarkt bietet nach wie vor Beschäftigungschancen für Arbeitslose – wenn auch rund um ein Viertel weniger als vor der Pandemie:

- Rückgang bei den Arbeitsaufnahmen von Arbeitslosen (inkl SchulungsteilnehmerInnen) im Jänner 2021: 44.500 (-16,6 % oder fast 9.000 Betroffenen weniger als im Jänner 2020). Dieser Rückgang geht vor allem auf weniger Vermittlungen in die vom Lockdown betroffenen Branchen zurück (Handel, Tourismus, Arbeitskräfteüberlassung).
- Rückgang bei den gemeldeten offenen Stellen (inkl Lehrstellen): 63.000 im Jänner 2021, 77.500 (-18,6 %) weniger als im Jänner 2020.
- Entsprechend ist auch der Rückgang bei der Besetzung dieser gemeldeten offenen Stellen gewesen: Wurden im Jänner 2020 noch rund 40.500 dieser Stellen besetzt, waren es im Jänner 2021 nur mehr rund 25.000 – ein Rückgang um fast 38 %.
- Hinter diesen 44.500 Arbeitsaufnahmen aus der Arbeitslosigkeit (bzw Schulung) heraus, stehen im Jänner 2021 271.000 Vermittlungsversuche des AMS – ein Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat um fast 24 %.

Befund 2: Die Existenzsicherung von Arbeit Suchenden funktioniert ohne Verzögerungen:

- Im Jänner 2021 wurden mit rund 97.000 um knapp 1000 mehr Anträge auf Arbeitslosengeld ausgegeben, als im Jänner des Vorjahres (96.000). In den Monaten Oktober – Dezember 2020 war die Zahl der Anträge auf Arbeitslosengeld wesentlich höher, als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Alleine im November 2020 hat das AMS um fast 40 % mehr Anträge auf Arbeitslosengeld bzw Notstandshilfe erhalten, als im November 2019.
- Dennoch: Die Bearbeitungsdauer dieser Anträge hat sich mit durchschnittlich 13 Tagen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert – wer bis Mitte Jänner 2021 einen Antrag auf Arbeitslosengeld gestellt hat, hat die Leistung Anfang Februar ausbezahlt erhalten.
- Die zeitgerechte Auszahlung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ist umso höher einzuschätzen, wenn die mit der Einmalzahlung von EUR 450,00, für die Monate Oktober bis Dezember 2020, verbundenen erheblichen Administrationsaufwände mit betrachtet werden – die durch verspätete und etwa im Zusammenhang mit der Sozialhilfe nicht optimale Regelung durch die Bundesregierung ja noch erhöht wurden.

Befund 3: Die „Corona-Joboffensive“ der Bundesregierung läuft nur mit Schwierigkeiten an:

- Im Jänner 2021 wurde rund 45.000 Arbeitsuchenden eine Förderung genehmigt, im Jänner 2020 waren es um 2.500 Personen mehr (47.600; +5,3 %)

Befund 4: Die Ressourcen des AMS halten mit der Zunahme seiner Aufgaben nicht Schritt:

- Das AMS Österreich hat im Jahr 2020 250 Planstellen zusätzlich erhalten – eine Steigerung um 4,4 % bei einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 26 %. Laut Berechnungen des Vorstandes und des Betriebsrates wären um zumindest 500 Planstellen mehr notwendig gewesen, um insbesondere in der Beratung von Arbeitsuchenden und Unternehmen den Standard von vor der Pandemie zu halten (der im Übrigen von der BAK als unzureichend kritisiert wurde: 15 Minuten Beratungszeit pro Monat pro arbeitssuchender Person!).
- Das AMS-Förderbudget, ohne die Mittel für die Kurzarbeit, betrug im Jahr 2020 rund 1,25 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 sind es 1,55 Milliarden Euro – eine Steigerung um 300 Millionen Euro oder 2,4 %.
- Und der Vollständigkeit halber: Die Leistungsprämie, die die AMS-MitarbeiterInnen für 2020 erhalten haben, wurde zum größten Teil, durch ein Vorziehen der zu erwartenden Leistungsprämien für 2021 finanziert – die Beschäftigten haben sich also selbst eine Leistungsprämie ausbezahlt, nicht die Bundesregierung.

Daneben hat das AMS ja noch die Kurzarbeitsbeihilfe umzusetzen gehabt: In der Phase III der Covid19-KUA (01.10.2020 – 31.03.2021) wurden bis Stand 10.02.2021, 74.500 Anträge auf Kurzarbeitsbeihilfe, mit 597.000 betroffenen ArbeitnehmerInnen gestellt. Davon waren, zu diesem Zeitpunkt, fast 70.000 Anträge mit rund 316.000 betroffenen ArbeitnehmerInnen genehmigt. Diese Leistung des AMS, ist umso höher einzuschätzen, als ja die unterschiedlichen Lockdowns seit 03.11.2020, sich auch auf die Covid19-KUA Phase III und ihre Abwicklung ausgewirkt haben: so musste zum Beispiel wieder von der Anforderung einer mindestens 30 % Arbeitszeit im Durchrechnungszeitraum abgegangen werden.

Zusammenfassung

- Das AMS gehört unzweifelhaft zur „kritischen Infrastruktur“ für das Funktionieren des Arbeitsmarktes in Krisen wie der Gegenwartigen.
- Das AMS hat seine Leistungsfähigkeit seit März 2020 eindrucksvoll unter Beweis gestellt – das Management des AMS auf Bundes- und Landesebene sowie die MitarbeiterInnen haben höchste Leistungen erbracht.
- Die Bundesregierung – vor allem der Bundesfinanzminister – sind nur unter massivem politischen Druck bereit, die Ausstattung des AMS mit Geld und Personal zu verbessern und auch das nur, in bei weitem nicht ausreichendem Umfang.
- ÖGB und BAK müssen weiterhin, auch öffentlich, ihren Druck aufrechterhalten, diese unverzichtbare Institution so auszustatten, dass sie ihre Dienstleistungen nicht nur quantitativ aufrechterhalten, sondern auch qualitativ verbessern kann.
- Denn die Bewältigung der Gesundheitskrise und der Strukturveränderungen in der Wirtschaft ist eine mittel- und längerfristige Aufgabe und braucht eine gut ausgestattete, öffentliche Arbeitsmarkt-Einrichtung.

TOP 3.6.4 Projekt „Frauenstimmen“

Projektidee und Ablauf

Das Projekt „Frauenstimmen“ hat zum Ziel, jenen eine Stimme zu geben, die ansonsten weitgehend unerhört bleiben: Frauen mit Migrationsgeschichte. Mit dieser Aufgabe haben die Abteilungen Arbeitsmarkt und Integration sowie Frauen und Familie die Vereine Integrationshaus und Piramidops – Frauentreff beauftragt.

An diesem Projekt haben 21 Frauen aus den verschiedensten Herkunftsländern sowie verschiedenster Altersgruppen teilgenommen. Die Aufenthaltsdauer, der Bildungsgrad sowie der Aufenthaltsstatus der Teilnehmerinnen sind so unterschiedlich wie die Frauen selbst. Damit sollte ein möglichst umfassendes Bild der täglichen Herausforderungen gezeichnet werden.

In gemeinsamen Gesprächen haben sich zentrale Themenbereiche herauskristallisiert: Arbeit, Bildung, Politische Partizipation und Staatsbürgerschaft, Gesundheit und Wohnen.

Zu jedem Themengebiet wurden Workshops abgehalten. In diesen konnten die Frauen von ihren persönlichen positiven und negativen Erfahrungen berichten, ihre Wünsche äußern, aber auch Verbesserungsvorschläge kommunizieren.

Das Resultat des Projekts ist ein rund 10 Minuten langer Film. Darin werden die Ergebnisse zu den einzelnen Schwerpunktthemen aus der Arbeit mit den Frauen dargestellt. Zusätzlich wurden zu jedem Thema auch kurze Filme erstellt, um diese gezielter einsetzen zu können. Der Film und die Kurzfilme stehen sowohl der Arbeiterkammer, als auch den beiden Vereinen für die Öffentlichkeitsarbeit sowie für den Einsatz in den Kursgruppen zur Verfügung. Das Filmmaterial wurde auf den Websites der AK und der Vereine veröffentlicht.

Die Arbeit mit den Frauen in einem geschützten Rahmen war ganz besonders für die Frauen ein großer Gewinn. Diese Art von Coaching hat zu vielen reflektiven Prozessen bei den Frauen selbst geführt. Aus Sicht der Betreuerinnen wurden die Frauen selbstbewusster, aktiver und in ihren Vorhaben gestärkt.

Präsentation und Diskussion

Um die Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, fand am 10.02.2021 im BIZ der AK eine Online-Veranstaltung mit dem Titel "Unerhört – Zugewanderte Frauen ergreifen das Wort" statt, die live im Internet (<https://wien.arbeiterkammer.at/frauenstimmen>) verfolgt werden konnte. Die Veranstaltung war als eine Diskussionsrunde konzipiert, in der den teilnehmenden Frauen möglichst viel Raum für ihre Erzählungen gegeben werden soll. Zielgruppe waren zugewanderte Frauen und StakeholderInnen. Geleitet wurde die Diskussion durch die Journalistin Franziska Tschinderle.

Aus den Diskussionsrunden

Arbeit

- Schwierige Arbeitsbedingungen unter anderem geteilte Arbeitszeiten, Wochenend- und Abenddienste, die mit der Kinderbetreuung nicht zu vereinbaren sind
- Kein bzw geringes Einkommen
- Trotz formaler Anerkennung ihrer ausländischen Bildungsabschlüsse und B2 Deutschniveaus, oftmals Bewerbungsablehnungen wegen nichtausreichenden Berufserfahrungen
- Aufnahmetests als zusätzliche Hürden
- Wunsch nach schnellen und zielgerichteten Informationen und fairen Jobs

Bildung

- Zum Teil hochqualifizierte Bildungsabschlüsse, die formal nicht anerkannt sind
- Schwieriger rechtlicher Zugang zu Beschäftigung
- Keine oder zu späte Informationen zu Bildungsmöglichkeiten
- Hürden trotz formaler Anerkennung
- Diskriminierungserfahrungen
- Wunsch von beruflicher Umorientierung und Ausbildungen in sichere Jobs

Politische Partizipation

- Kaum Mitbestimmungsrechte: Vom Wahlrecht und von anderen an die österreichische Staatsbürgerschaft geknüpften Rechte ausgeschlossen
- Schwierige Voraussetzungen für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft unter anderem hohe Einkommensanforderungen, lückenlose lange Aufenthaltszeiten und lange Bearbeitungszeiten
- Eingeschränkte Reise- und Bewegungsfreiheit
- Großer Wunsch nach Doppelstaatsbürgerschaft

Resümee

Das Leben von zugewanderten Frauen ist geprägt von rechtlichen Beschränkungen, bürokratischen Hürden, schlecht bezahlten Jobs mit schwierigen Arbeitsbedingungen, Diskriminierungen, Informationsmangel und Mehrfachbelastung aufgrund ihres „Frauseins“.

Die Migration ist für migrierte Frauen ein Wendepunkt im Leben. Sie ist ein Neuanfang und bringt auch neue Möglichkeiten. Oft müssen die Frauen in Österreich aber wieder bei „Null“ anfangen. Die Frauen wünschen sich ein gutes, selbständiges und selbstbestimmtes Leben. Sie wollen ein aktiver Teil der Gesellschaft, gute Vorbilder für ihre Kinder und für andere Frauen sein.

Integration muss inklusiv sein! Deshalb ist es wichtig, den Frauen den Rücken zu stärken und rechtzeitig den Blick auf ihre die Wünsche und Bedarfe setzen.

Bereich Soziales – Kundtner

Abteilung Arbeitsmarkt und Integration – Franjo Markovic

Abteilung Frauen und Familie – Asiye Sel

Zitat einer Frau:

„Dieses Bild zeigt meine Situation in Österreich.

In meiner Heimat in Syrien habe ich alles schon geschafft. Ich habe gearbeitet. Ich habe geheiratet. Aber hier in Österreich muss ich noch einmal ein neues Leben beginnen. Ich habe hier Bücher gemalt. Jedes Buch ist ein Lebensbereich: Familie, Arbeit, Natur und Sprache. Ich muss alles schaffen und in allen Bereichen lernen. Die Bücher haben verschiedene Farben. Ein Buch ist dick. Ein Buch ist dünn. Ein Buch ist schwer und ein Buch ist leicht. Hier in Österreich beginne ich neu. Das ist nicht immer leicht. Ich muss ein Buch nach dem anderen lesen. Man muss hier stark sein.“

TOP 3.6.5 Betriebstesten

1. Welche Vorteile bietet Betriebstesten?

Ein negatives Testergebnis wird zur wesentlichen Voraussetzung für mehr Freiheit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Daher unterstützen die Sozialpartner die Testoffensive des Bundes und der Stadt Wien. Ziel ist es, in möglichst vielen Betrieben Testmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen anzubieten. Je mehr MitarbeiterInnen getestet werden, desto sicherer ist der Arbeitsplatz im Hinblick auf eine Infektion. Auch dem Arbeitgeber dienen die Testungen als Prävention vor großflächigen Infektionsclustern und damit einhergehenden Ausfällen im eigenen Betrieb. Abseits davon bieten Testmöglichkeiten im Betrieb den MitarbeiterInnen einen niederschweligen Zugang zu Testungen auch für den Privatbereich.

Durch das BGBl I 23/2021 wurden betriebliche Testungen den behördlichen Testungen gleichgestellt.

2. Welche Fördermöglichkeiten gibt es?

Um eine Förderung zu erhalten, müssen sich die Unternehmen registrieren. Mit der Registrierung ist auch eine Anbindung an die Testplattform des Bundes verbunden. Über die Testplattform können auch Testbestätigungen ausgestellt werden, welche derzeit etwa für die Inanspruchnahme körpernaher Dienstleistungen notwendig sind. Die Registrierung erfolgt über www.wko.at/betriebe-testen. Registrieren können sich nur Unternehmen mit WKIS Account (WKO Benutzerverwaltung), dh nur WKO-Mitglieder. Bund und WKO arbeiten derzeit noch an Lösungen um auch Registriermöglichkeiten für nicht-Mitglieder zu schaffen.

Gefördert wird ein Betrag von € 10 pro Test (Antigen und PCR-Tests), die Abrechnung erfolgt pro Quartal im Nachhinein; ab 1.4.2021 für Testungen ab 15.2.2021.

Auch für Tests von betriebsfremden Personen, wie etwa Angehörige der MitarbeiterInnen oder KundInnen, kann eine Förderung beantragt werden.

Die Abwicklung des Förderprogramms erfolgt durch die Austria Wirtschaftsservice GmbH im Namen und auf Rechnung des Bundes (www.aws.at).

Über die Anzahl der gemeldeten Tests gibt es über die Testplattform des Bundes eine Bestätigung, die gleichzeitig für die Abrechnung des Kostenbeitrags notwendig ist. Diese sowie auch die Rechnungen für die Beschaffung der Testkits sind für Kontrollzwecke aufzubewahren.

3. Welche Art von Test können verwendet werden?

Gefördert werden sowohl Antigen-Tests als auch PCR-Tests. Die Förderung beträgt unabhängig davon € 10 pro durchgeführten Test.

Das Unternehmen kann selbst entscheiden, welche Art von Test es anbieten möchte.

Es dürfen nur CE-Zertifizierte Antigentests verwendet werden. Von der Bundesregierung empfohlen werden Tests mit einer Sensitivität von über 90 % und einer Spezifität von über 97 %.

Auch die Organisation und der Aufbau der Teststraße sowie die Organisation von medizinisch geschultem Personal obliegt dem Unternehmen. Ein Leitfaden hierfür wurde von der WKO erstellt: [Leitfaden zur Einrichtung einer betrieblichen Testmöglichkeit - WKO.at](#)

4. Was ist das Projekt „Wien gurgelt“?

Das Projekt „Wien gurgelt“ ist ein Pilotprojekt der Stadt Wien und der WKO bei dem MitarbeiterInnen von Wiener Betrieben und Organisationen im Gesundheits- und Sozialbereich samt deren Familienangehörigen zwei Mal wöchentlich einen PCR-Selbsttest mittels Gurgelmethode absolvieren können. Das Projekt besteht unabhängig von dem kürzlich beschlossenen Bundesgesetz über eine COVID-19 Förderung für betriebliche Testungen.

Verwendet werden Testkits, die von dem Wiener Start-Up Lead Horizon entwickelt wurden.

MitarbeiterInnen werden Testkits mit nach Hause gegeben bzw können sich die MitarbeiterInnen diese Testkits mittels SMS Gutscheincode bei jeder Wiener BIPA Filiale abholen.

Der Test wird daheim durchgeführt. Neben dem Testkit muss ua für die Aufnahme der notwendigen Daten, eine von Lead Horizon zur Verfügung gestellte WebApp verwendet werden. Wer sich bei der Testung filmt und einen Identitätsnachweis in die Kamera hält, erhält auch eine offizielle Testbestätigung, die als „Eintrittstest“ für zB körpernahe Dienstleistungen gilt. Auch das Filmen erfolgt über die WebApp.

Die MitarbeiterInnen geben die Probe anschließend in einer Wiener BIPA Filiale oder dem Unternehmen ab. Die Post transportiert die Probe in das Lifebrain Covid-Labor, wo die Auswertung erfolgt. Die Testpersonen werden innerhalb von 24 Stunden digital (per Mail) über das Ergebnis informiert.

Seit Beginn des Projekts mit Ende Jänner 2021, bis zum 5. Februar 2021 wurden bereits 120.000 Testkits ausgegeben. Ein Testkit kostet € 8. Laut Auskunft der Stadt Wien werden die Kosten auf Grundlage des EpiG vom Bund getragen.

TOP 3.6.6 Flächendeckende Psychotherapie

Das Angebot auf Psychotherapie als Sachleistung soll ab sofort ausgebaut werden. Derzeit werden rund 700.000 Stunden an Psychotherapie von der ÖGK als Sachleistung (ohne Zuzahlung) zur Verfügung gestellt. Bei einer durchschnittlichen Behandlungsdauer von 15 Stunden sind das rund 50.000 Personen pro Jahr. Hinzu kommen rund 150.000 Stunden für die von der ÖGK eine Zuzahlung von € 28,- pro Stunde geleistet wird. Die Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS) und die Beamtenversicherungsanstalt, Eisenbahn und Bergbau (BVAEB) leisten eine Zuzahlung von € 40,- pro Stunde.

Die Arbeitnehmerkurie im Verwaltungsrat der ÖGK konnte einen Beschluss herbeiführen, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre das Angebot auf Psychotherapie als Sachleistung um 300.000 Stunden ausgebaut wird. Das ist ein beträchtlicher Schritt vorwärts in Richtung flächendeckender Psychotherapie und ein großer Erfolg der Arbeitnehmerkurie trotz Parität. Mit dem Gesamtangebot von 1 Million Stunden kann eine Abdeckung von 1,23 % (Salzburger Niveau) erreicht werden. Dh, 1,23 % der 7,2 Millionen ÖGK-Versicherten (rund 88.000 Versicherte) werden eine Psychotherapie erhalten.

Das Konzept der ÖGK sieht eine Clearingstelle (CS) vor. Die CS dient als Erstanlaufstelle und steuert somit den Zugang zur Psychotherapie. Die CS klärt die Indikationen zur Psychotherapie ab, führt psychometrische Testungen durch, schließt krisenhafte Gefährdungssituationen aus und legt einen mehrstufigen Behandlungsplan (Einzel-, oder Gruppentherapie, Anzahl der Psychotherapiestunden etc) fest. Nach erfolgter Abklärung wird der Patient von der CS auf eine Warteliste gesetzt. Dringliche Patienten werden anhand eines Ampelsystems vorgereiht.

Die im Pool stehenden Psychotherapeuten nehmen Kontakt mit den Patienten auf, wobei eine Verpflichtung besteht anhand der Warteliste vorzugehen. Für die Versicherten soll auch die Möglichkeit bestehen, einen Psychotherapeuten des Vertrauens vorzuschlagen.

Die CS soll sicherstellen, dass jene Patienten vorrangig, schnell und unkompliziert eine kostenfreie Psychotherapie erhalten, die sie auch am Dringendsten benötigen. Die Clearingstelle vermittelt zur effektivsten Therapieform (evidenzbasiert: oftmals Gruppentherapie). Durch die umfassende Abklärung kann auf eine chefärztliche Bewilligung bis zur 30. Therapiestunde verzichtet werden.

Der Ausbau findet auf Basis der Versorgungsvereine (Zusammenschluss von Psychotherapeuten) statt. Ziel der ÖGK bleibt jedoch ein Gesamtvertrag, für den jedoch eine Novelle des Psychotherapiegesetzes erforderlich wäre. Hier soll die praktische Erfahrung in die Ausbildung integriert werden.

Die Zuweisung der (Mehr-) Kontingente an die Landesstellen hat bereits begonnen. Die Finanzierung ist gewährleistet. Der Ausbau der Psychotherapie ist dringend erforderlich, weil bei Langzeit-Krankenständen (ca 10 %), beim Wiedereingliederungsgeld (ca 40 %), beim Rehabilitationsgeld (ca 60 %) und bei den Invaliditätspensionen (40 %) die psychischen Erkrankungen als Hauptdiagnose nach wie vor ansteigen.